



Sperrfrist: Beginn der Rede
Es gilt das gesprochene Wort.

Rede der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Ursula von der Leyen, anlässlich der Präsentation vor dem Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten Europäisches Parlament am 23. Januar 2007 in Brüssel

Anrede,

Zunächst ganz herzlichen Dank für die Einladung zu dieser Ausschuss-Sitzung. Ich freue mich sehr, dass ich heute die Möglichkeit habe, Ihnen die Schwerpunkte meines Ministeriums während der deutschen Ratspräsidentschaft vorzustellen. Es ist mir aber auch grundsätzlich ein Anliegen, mit Ihnen in Dialog zu treten, denn mir ist eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament und mit Ihrem Ausschuss sehr wichtig - nicht nur in Zeiten der deutschen Ratspräsidentschaft.

Ich stelle Ihnen im Folgenden die wichtigsten Themen meines Hauses während der Präsidentschaft kurz vor und freue mich auf eine anregende Diskussion. Unser Präsidentschaftsprogramm steht unter dem Motto: „Den demografischen Wandel als Chance begreifen und Chancengleichheit für alle in Beruf und Gesellschaft fördern“. Der demografische Wandel ist ein Phänomen, das alle Mitgliedstaaten der EU elementar betrifft. Mit den niedrigen oder sinkenden Geburtenraten und der steigenden Lebenserwartung in allen europäischen Staaten hat sich auch die Kommission in ihrer Mitteilung vom Oktober letzten Jahres auseinandergesetzt. Die deutsche Präsidentschaft will die Themen und Anliegen dieser Mitteilung aufgreifen. Im Mittelpunkt der inhaltlichen Arbeiten unter deutscher Präsidentschaft stehen die Chancen der demografischen Entwicklung: Wir können die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Potenziale Älterer viel besser nutzen.

Und wir können den demografischen Trend umkehren, indem wir uns für gute Rahmenbedingungen einsetzen, damit Menschen ihre vorhandenen Kinderwünsche tatsächlich realisieren können. Zunächst zu den Chancen und Potenzialen älterer Menschen. Mit einer Entschließung zum Thema „Beitrag der älteren Menschen zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung“, die wir in den EPSCO-Rat im Februar einbringen, wollen wir folgende Fragen in den Mittelpunkt stellen:

Wie können wir in den Gesellschaften der EU stärker ein positives Bild der älteren Generation vermitteln?

Wie kann es uns gelingen, das wirtschaftliche Potenzial älterer Menschen – ihre Kaufkraft, aber auch ihr Potenzial als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – stärker ins Bewusstsein zu rücken und damit auch Anreize für Wachstum und Beschäftigung zu setzen?

Und: Wie können wir das Erfahrungswissen älterer Menschen besser nutzen – für die Stärkung der Zivilgesellschaft, für mehr Solidarität zwischen den Generationen und für eine Kultur des Miteinander?

Bei allen diesen Fragen, die ganz Europa betreffen, sollten wir grenzüberschreitend diskutieren und den Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten, aber auch mit anderen Ländern, auf eine breitere Grundlage stellen. Unter dem Titel "Demografischer Wandel als Chance: Wirtschaftliche Potenziale der Älteren" veranstalten wir gemeinsam mit der EU Kommission am 17./18. April 2007 in Berlin einen internationalen Kongress.

Ich würde mich sehr freuen, auch Mitglieder Ihres Ausschusses bei dieser Konferenz wieder zu treffen. Ältere Menschen sind nicht nur zahlenmäßig eine Gruppe von wachsender Bedeutung. Auch der Markt für Produkte und Dienstleistungen wird sich im Zuge der demografischen Entwicklung spürbar verändern. Denn dort wirken sich der Konsum und die Kaufkraft der Älteren immer stärker aus. Aus der New Economy wird eine Silver Economy. Die Unternehmen beginnen das langsam zu begreifen und stellen sich darauf ein. Noch wichtiger ist es vielleicht - angesichts des Rückgangs der erwerbstätigen Bevölkerung -, die Schaffenskraft und das Erfahrungswissen älterer Menschen im Beruf zu nutzen. Sonst lässt sich ein empfindlich spürbarer Mangel an Fachkräften kaum vermeiden - mit all seinen Konsequenzen für Wachstum, Löhne und Wettbewerbsfähigkeit.

Die Europäische Union hat sich das Ziel gesetzt, die Erwerbsquote von älteren Arbeitskräften bis 2010 auf 50 Prozent zu steigern. In Japan arbeiten heute schon mehr als 60 Prozent in dieser Altersgruppe. Wenn wir dort hin wollen, dann müssen sich die Unternehmen stärker auf das Altern ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einstellen, wenn sie nicht abgehängt werden wollen. Wir brauchen im europäischen Wirtschaftsraum ein Leitbild des produktiven Alters, ein Leitbild, das auch lebenslanges Lernen berücksichtigt. Denn auch Ältere lernen, aber sie lernen ganz anders als Jüngere. Schnelligkeit und Kraft lassen nach, dafür nehmen Erfahrung, konzentriertes Wissen und soziale Kompetenzen zu. Ich meine, es ist eine Chance, die uns der demografische Wandel bietet, in altersgemischten Belegschaften vom Fähigkeitsmix der verschiedenen Generationen zu profitieren. Solche Chancen wollen wir mit unserem internationalen Kongress im Bereich Wirtschaftsfaktor Alter aufzeigen: mit hochrangigen Politikerinnen und Politikern aus Deutschland, anderen EU-Staaten und der EU-Kommission und mit Fachleuten insbesondere aus der Wirtschaft.

Weiter möchten wir im EPSCO-Rat im Februar einen Gedankenaustausch über den demografischen Wandel und die weitere Behandlung des Themas auf europäischer Ebene mit den Ministerinnen und Ministern führen. Dabei geht es vor allem darum, wie wir gemeinsam die Herausforderungen bewältigen, die in der Mitteilung der Kommission benannt sind; welche Schritte hier unterstützend und ergänzend zu den Vorschlägen der Kommission getan werden können.

Der zweite Aspekt des demografischen Wandels, den wir in den Mittelpunkt unserer Ratspräsidentschaft stellen, setzt gewissermaßen am anderen Ende des Lebenszyklus an. Ich denke, es ist entscheidend, dass sich wieder mehr Menschen in Europa für Kinder entscheiden. Deshalb müssen bessere Lebensbedingungen für Familien und insbesondere für Kinder ein wichtiges Ziel aller Regierungen der Mitgliedstaaten der EU sein. Dies ist vorrangig eine nationale Aufgabe. Meines Erachtens kann und sollte die Europäische Union aber einen Beitrag dazu leisten, dass die Mitgliedstaaten diese Aufgabe effektiv erfüllen können, und zwar im gemeinsamen Interesse. Denn niedrige Geburtenraten schwächen Kraft und Innovation im globalen Wettbewerb und die soziale Balance zwischen den Generationen. Familienfreundliche Lebensbedingungen in der Europäischen Union sind dagegen ein positiver Standortfaktor.

Mein Anliegen ist es deshalb, dass wir unter deutscher EU-Präsidentschaft eine Europäische Allianz für Familien ins Leben rufen. Wir brauchen eine gemeinsame Plattform für einen Meinungs- und Informationsaustausch der Mitgliedstaaten unter Beteiligung der Europäischen Kommission im Themenfeld familienfreundliche Maßnahmen. Und natürlich benötigen wir dafür auch Ihre Unterstützung, die Unterstützung des Europäischen Parlaments. Die Europäische Allianz für Familien soll einen Beitrag zur Umsetzung der Lissabonstrategie leisten. Familienfreundlichkeit schafft und sichert Arbeitsplätze. Sie stärkt nachhaltig das europäische Humankapital und den Zusammenhalt der Generationen. Und sie fördert die Gleichstellung von Männern und Frauen.

Die Europäische Allianz für die Familien ist eng mit der tatsächlichen Durchsetzung der Gleichstellung verknüpft. Denn die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Verbesserung der Chancengleichheit im Erwerbsleben sind zwei Seiten einer Medaille, zwei Ziele, die wir gemeinsam verfolgen müssen. Bei der Europäischen Allianz für Familien geht es um die Förderung der Zusammenarbeit und das Lernen der Mitgliedstaaten voneinander. Es geht nicht um das Übertragen von Zuständigkeiten. Familienpolitik bleibt weiter eine nationale Verantwortung. Wir streben an, dass der Europäische Rat im Frühjahr 2007 unsere Initiative einer Europäischen Allianz für Familien bestätigt. Beim EPSCO-Rat im Mai wollen wir in die konkrete Umsetzung einsteigen. Die Allianz soll als ein nachhaltiges Projekt verankert werden.

In der Sitzung des EPSCO-Rates im Mai 2007 wollen wir auch das Thema der sozialen Dienstleistungen von allgemeinem Interesse erneut auf die Tagesordnung setzen. Die sozialen Dienstleistungen rücken nicht erst seit den Diskussionen im Rahmen der Dienstleistungsrichtlinie in das europäische Blickfeld. In der Folge der Kommissionsmitteilung zu den Sozialdienstleistungen aus dem vergangenen Jahr wurde vom Sozialschutzausschuss ein Fragebogen verteilt, der den Auftakt für die nächste Phase des Konsultationsprozesses auf diesem Gebiet darstellt. Bis Anfang dieses Jahres sollten die Antworten eingereicht werden. Auf eine erste Auswertung dieses Rücklaufes, die im EPSCO-Rat im Mai vorgestellt wird, bin ich sehr gespannt.

Weiter freue ich mich, dass das Europäische Jahr der Chancengleichheit für alle in die deutsche Präsidentschaft fällt. Vielfalt in allen ihren Formen bringt uns in Europa voran, bereichert uns und macht uns stärker. Wir müssen das Bewusstsein dafür schärfen und das Bewusstsein, dass Respekt, Anerkennung und Toleranz - Chancengleichheit im Alltag - selbstverständlich sind, wenn wir in Vielfalt zusammen leben wollen. Wenn das Europäische Jahr der Chancengleichheit für alle dieses Bewusstsein voranbringt, wird es ein gutes Jahr werden. Wir werden zusammen mit der Kommission dieses Europäische Jahr im Rahmen einer großen Konferenz Ende Januar in Berlin eröffnen. Ich würde mich sehr freuen, bei der Veranstaltung auch Mitglieder Ihres Ausschusses begrüßen zu können.

Nun freue ich mich auf eine gute, fruchtbare Zusammenarbeit mit Ihnen in den kommenden sechs Monaten und natürlich auch über die Zeit der Präsidentschaft hinaus. Ich bin davon überzeugt, dass wir mit Ihrer Unterstützung Impulse in der europäischen Sozialpolitik setzen können. Ich danke Ihnen ganz herzlich für Ihr Interesse, und stehe Ihnen jetzt gern für Fragen zur Verfügung. Vielen Dank!